N-ERGIE

Politik sollte mehr Mut beweisen

[10.01.2018] Eine mögliche neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat schon jetzt das Klimaschutzziel aufgegeben, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Für N-ERGIE-Chef Josef Hasler ist das eine politische Bankrotterklärung.

Noch vor Beginn der eigentlichen Koalitionsverhandlungen haben sich die Sondierer von CDU/CSU und SPD vom deutschen Klimaschutzziel verabschiedet. Es sah vor, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Kommunale Energieversorger, die gemeinsam mit ihren städtischen Eignern lokal den Klimaschutz voranbringen, haben dafür kein Verständnis. Für Josef Hasler, Vorstandschef des Nürnberger Versorgers N-ERGIE, beispielsweise ist die Aufgabe des im Energiekonzept 2020 gesteckten Ziels eine politische Bankrotterklärung.

Hasler erinnert daran, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel noch vor wenigen Monaten im Wahlkampf explizit an diesem Ziel und seiner Erreichbarkeit festgehalten habe. Nun würden fadenscheinige Begründungen herangezogen, wie der bereits 2011 beschlossene Atomausstieg oder die Bevölkerungsentwicklung. Hasler erklärt: „Die tatsächlichen Gründe liegen jedoch in einer halbherzigen Politik, die ihre Anstrengungen einseitig auf den Bereich der Stromerzeugung fokussiert und dabei auch noch an der Kohle festhält.“ Das riesige Potenzial für Klimaschutz im Wärme- und Verkehrssektor bleibe dagegen weitgehend ungenutzt.

„Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gegen den Klimaschutz auszuspielen, ist ein durchsichtiges Manöver. Die künftige Bundesregierung sollte endlich Mut beweisen und eine Energiewende auf den Weg bringen, die den Namen verdient“, sagt Hasler. Er fordert die Förderung der Anwendung von Strom in der Mobilität und im Wärmemarkt, etwa in Form von hybriden Wärmepumpen oder der Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit Power-to-Heat-Systemen. Auch die für die Energiewende zentrale Speichertechnologie sollte unterstützt werden, so der N-ERGIE-Vorstand. Zudem plädiert er dafür, dass sich die neue Bundesregierung auf europäischer Ebene für einen wirksamen Emissionshandel stark macht.

(al)

Stichwörter: Politik, N-ERGIE,